

Weser Kurier vom 30.9.2019

Gastkommentar zur deutschen Klimapolitik

Der Kampf um die Schwarze und die Grüne Null

Lothar Probst 29.09.2019

Eine Güterabwägung zwischen der Schwarzen und der Grünen Null ist schwer, weil es bei beiden um Generationengerechtigkeit geht, meint unser Gastautor Lothar Probst.



Klimademo vor dem Kanzleramt: Was Angela Merkel und Olaf Scholz auf den Weg gebracht haben, reicht manchen nicht. (Christoph Soeder / dpa)

Unter Wolfgang Schäuble entwickelte sich die Schwarze Null zum einprägsamen Symbol einer strikten Haushaltskonsolidierungspolitik. Ihren verfassungsmäßigen Niederschlag fand sie in der Schuldenbremse, die sowohl im Grundgesetz als auch in den meisten Länderverfassungen verankert wurde. Die Erfolgsgeschichte der Schwarzen Null verdankte sich einer fiskalischen Sparpolitik, aber auch günstiger konjunktureller Bedingungen und einer Niedrigzinspolitik der EZB. Jetzt neigt sich die Blütezeit der Schwarzen Null jedoch ihrem Ende zu – nicht nur, weil die Konjunktur abkühlt und die Steuereinnahmen zurückgehen, sondern weil die Grüne Null (Null-Schadstoffemissionen, Klimaneutralität) immer wichtiger wird. Es wächst die Einsicht, dass die Versäumnisse der Vergangenheit in Zukunft hohe Investitionen erfordern, um die Klimaziele des Pariser Klimaabkommens einzuhalten und den Folgen der Klimakrise wirksam entgegenzutreten.

54 Milliarden für das Klima reichen nicht

Schon die Ergebnisse der Kommission zum Kohleausstieg ließen erahnen, dass die Energiewende richtig ins Geld gehen wird, wenn sie sozial- und wirtschaftsverträglich gestaltet werden soll. Doch die 40 Milliarden Euro für die betroffenen Regionen waren nur der Anfang. Nun packt die Große Koalition ein Klimaschutzpaket, das auf 54 Milliarden Euro veranschlagt wird. Klimaforscher rechnen jedoch mit weit höheren Summen, um die Folgen der Klimakrise zumindest abzufedern. Wirtschaftsminister

Peter Altmaier schlägt eine Klimastiftung vor, während CSU-Chef Markus Söder einen Klima-Fonds mit staatlich garantiertem Zins auflegen will. Daraus sollen die Aufgaben für den Klimaschutz am Haushalt vorbei finanziert werden, um die Schwarze Null nicht in Frage stellen.

Längst formiert sich jedoch eine breite Front aus Vertretern der Oppositionsparteien und den Gewerkschaften, aber auch von Vertretern der Wissenschaft und Wirtschaft, die für eine Aufweichung der Politik der Schwarzen Null plädieren. Eine Güterabwägung zwischen der Schwarzen und der Grünen Null ist aber schwer, weil beide ihre Legitimation aus dem Paradigma der Generationengerechtigkeit ziehen. Sowohl den zukünftigen Generationen Schulden aufzubürden, die sie politisch handlungsunfähig machen, als auch ihnen eine Welt zu hinterlassen, die einem ökologischen Scherbenhaufen gleicht, verbietet sich gleichermaßen. Wie ein goldener Mittelweg aussehen könnte, ist gegenwärtig noch unklar. Es kommt in jedem Fall darauf an, jetzt in einen Wettbewerb der besten Ideen einzutreten, damit weder die Schwarze noch die Grüne Null unter die Räder kommen.

Zur Person

Unser Gastautor war bis März 2016 Leiter des Arbeitsbereichs Wahl-, Parteien- und Partizipationsforschung am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bremen.